



STANDPUNKTE 06 / 2014

JOHN NEELSEN

DIE PERIPHERIE MACHT MOBIL

**DER AUFSTIEG VON STAATEN WIE BRASILIEN, RUSSLAND UND CHINA
STELLT DAS NEOLIBERALE SYSTEM DENNOCH NICHT INFRAGE**

Mit dem Aufstieg der BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – und ihrer politischen Allianz wurde ein neuer Anlauf zur Veränderung der geltenden internationalen Ordnung als Herrschaftsprojekt der «Ersten Welt» unternommen. Was nach 1989 als dauerhafte Hegemonie des Westens und seines Kapitals erschien, erweist sich im Zuge der Globalisierung und des sich wandelnden internationalen Kräftegleichgewichts als zunehmend brüchig. Dabei zeigt sich jedoch, dass die Regierungen der BRICS-Staaten alles andere als Revolutionäre sind. Ihre Reformvorhaben in Bezug auf die Vereinten Nationen und die internationale Finanzarchitektur fordern zwar den Westen heraus. Sie sind aber derzeit weit davon entfernt, die Grundlagen des neoliberalen Systems infrage zu stellen. Dennoch verbindet sich mit ihnen die Hoffnung auf eine langfristige Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten des Südens und der Interessen der abhängigen Klassen.

DIE INTERNATIONALE ORDNUNG – EIN HERRSCHAFTSPROJEKT DER «ERSTEN WELT»

Die gegenwärtige internationale Ordnung ist das Resultat des Zweiten Weltkriegs. Beginnend mit der Atlantik-Charta von 1941 wurde sie vor allem von den USA und Großbritannien konzipiert und 1944/45 in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben. Gleiches gilt für die Weltwirtschaft, der mittels des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und des Zoll(senkungs)- und Handelsabkommens (GATT) ein prinzipieller Rahmen gegeben wurde. Als Ziel wurde eine Zukunft in Frieden und Wohlstand für alle Länder und alle Menschen formuliert, doch Konzepte, Methoden und Entscheidungsmodalitäten garantierten, dass die neue Ordnung den engeren Interessen ihrer Autoren entsprach. Es war ein Projekt der «Ersten Welt» zur Sicherung ihrer Vorherrschaft auf Dauer.

Dies wird deutlich in der Struktur der Vereinten Nationen, vor allem beim Sicherheitsrat. Es betrifft zum einen dessen Mandat im Verhältnis zur Generalversammlung, zum anderen seine Zusammensetzung (fünf, mit einem Vetorecht ausgestattete ständige Mitglieder¹). Hier werden Grundregeln der Demokratie und Gleichheit sowie der Repräsentativität verletzt.² Ähnlich problematisch erscheint die Rolle der Vereinten Nationen bei der Entkolonialisierung. So gingen Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Belgien oder die Niederlande, gestützt auf das Prinzip der «territorialen Integrität» als einem der Grundpfeiler der neuen internationalen Friedens-

ordnung, von einer Bestandsgarantie ihrer überseeischen Kolonien aus. Zwar wurde ein «Treuhandrat» als eines der sechs Organe der Vereinten Nationen eingerichtet. Dessen Mandat bestand aber nicht darin, die Befreiung Afrikas und Asiens vom Kolonialismus voranzutreiben. Stattdessen wurde ihm die Verantwortung für eine Altlast des Völkerbunds aus dem Ersten Weltkrieg übertragen.³

Den Wohlstand aller durch Freihandel und eine arbeitsteilige Verflechtung der Volkswirtschaften – basierend auf Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung – zu steigern, sind Auftrag und Programm von GATT, IWF und Weltbank. Doch die mächtigen Wirtschaftsnationen des Westens behielten sich in den Bretton-Woods-Institutionen nicht nur die wichtigsten Führungs- und eigene Direktorenposten vor. Sie sicherten sich auch Entscheidungskompetenzen, vor allem in Grundsatzfragen. Den Vereinten Nationen nur formal als «Sonderorganisationen» angegliedert, handelt es sich um rechtlich, organisatorisch und finanziell selbstständige Institutionen. Und anders als bei den Vereinten Nationen gibt es keine Gleichheit der Mitglieder. Vielmehr sind Quoten und Stimmrechte beim IWF und bei der Weltbank wie bei einer Aktiengesellschaft nach Umfang der finanziellen Einlagen verteilt. Daher verfügen die USA ganz allein ebenso wie die vier größten EU-Länder zusammen jeweils über eine Sperrminorität.⁴

Über die institutionelle Seite hinaus hatte schon Friedrich List in der Mitte des 19. Jahrhunderts aus der Sicht des

politisch fragmentierten und ökonomisch rückständigen Deutschlands gegen die auf Adam Smith und David Ricardo zurückgehende Theorie der «komparativen Kostenvorteile» Front gemacht. Danach zementierte Freihandel zwischen Ländern ungleichen Entwicklungsniveaus und ungleicher Produktivkraftentfaltung langfristig die Vormachtstellung des industriell weiter fortgeschrittenen Landes, hier England, und die fortgesetzte Abhängigkeit der weniger entwickelten Nationen.⁵

1995 wurde das seinerzeit von 23 Vertragsstaaten gegründete GATT in die Welthandelsorganisation (WTO) überführt, deren Mandat sich nun zusätzlich auf die Bereiche Dienstleistungen und geistiges Eigentum/Patente erstreckt. Auch wenn heute die Vereinten Nationen auf 193, der IWF und dessen Schwesterorganisation, die Weltbank, auf 188 und die WTO auf 159 Mitglieder angewachsen sind, bleiben sie im Kern das Projekt der «Ersten Welt» zur Sicherung ihrer globalen Hegemonie und ihres materiellen Reichtums. Dieser institutionelle, auf Ungleichheit und Aneignung beruhende Ordnungsrahmen ruft Widerstand hervor und wird umso mehr zu einem zentralen Schauplatz von Konflikten, als sich die ursprünglich in ihm abgebildeten Kräfte- und Herrschaftsverhältnisse im Zuge politischer Entwicklungen und der inneren Dynamik der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise zu wandeln beginnen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Aufstieg der BRICS-Staaten als Niedergang der historischen Vorherrschaft des Westens und als Projekt des Widerstands der «Dritten Welt» thematisiert.

GEGENENTWURF:

DAS ERSTE «DRITTE-WELT-PROJEKT»

Wer geglaubt hatte, mit der politischen Unabhängigkeit sei der Kolonialismus endgültig zu Grabe getragen und werde zugleich eine Phase des wirtschaftlichen Fortschritts und der Selbstbestimmung für die «Dritte Welt» eingeläutet, sah sich schon bald getäuscht. Lediglich die notwendigen, aber nicht ausreichenden Voraussetzungen waren gegeben. Um dauerhafte wirtschaftliche, an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung orientierte Entwicklung mit Verteilungsgerechtigkeit und sozialem Fortschritt zu erreichen, bedurfte es einer Umsteuerung: weg von einer von Rohstoffen dominierten Exportökonomie hin zu einer stärkeren Industrialisierung im Verein mit einer Ausrichtung am Binnenmarkt unter Führung eines starken, interventionistischen Staates.

Ein erster Versuch wurde 1955 auf der von Vertretern aus 29 afro-asiatischen Ländern beschickten Konferenz in Bandung (Indonesien) gestartet. Mit der Forderung nach einem baldigen Ende von Kolonialismus und Imperialismus, wenn nötig mit militärischer Gewalt, betrat die «Dritte Welt» die Bühne der internationalen Politik. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts setzte sie sich die Förderung des Weltfriedens und der Kooperation – gegründet auf Blockfreiheit und friedliche Konfliktregelung – als oberstes Ziel. Eine einstimmig verabschiedete Zehn-Punkte-Erklärung betonte zudem die Anerkennung der Souveränität, der Gleichheit und der territorialen Integrität aller Staaten. In diesem Zusammenhang wurde das Grundprinzip der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes explizit hervorgehoben. Dieses reicht von der Absage an politischen Druck durch Sanktionen bis hin zum Verbot der Androhung oder gar Anwendung von militärischer Gewalt. Um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, unterstrich man die Notwendigkeit einer Lockerung der Abhängigkeit

von den führenden Industrieländern bei gleichzeitiger Förderung der Zusammenarbeit der Länder des Südens im wechselseitigen Interesse. Auf eben dieser Grundlage erfolgte 1961 die Gründung der «Bewegung der Blockfreien» (NAM), der sich in den folgenden zwei Jahrzehnten immer mehr der gerade erst entkolonialisierten Staaten anschlossen.

Die wachsende Zahl der Länder der «Dritten Welt» veränderte das seinerzeit vom Ost-West-Gegensatz dominierte internationale System und mit ihm die Kräfteverhältnisse und die Ausrichtung internationaler Organisationen. Im Rahmen der Vereinten Nationen entstanden zahlreiche, auf die spezifischen Bedürfnisse der «Entwicklungsländer» ausgerichtete Einrichtungen. Am bedeutendsten waren die 1964 gegründete UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und in ihrem Gefolge die heute 132 Länder umfassende G77 als Vertretung der Interessen der «Dritten Welt». Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung 1974 mit der Verabschiedung der «Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten» durch die UN-Generalversammlung im Verbund mit der Forderung nach einer «Neuen Weltwirtschaftsordnung».⁶ Angesichts der übermächtigen Industrieländer und der in ihnen beheimateten multinationalen Konzerne wurde das Recht jedes Staates auf Selbstbestimmung ausdrücklich bestätigt. Dies umfasst die uneingeschränkte Souveränität über die Bodenschätze und die Wirtschaft des Landes sowie die Bestimmung des allgemeinen sozialpolitischen Ordnungsrahmens, sei dieser (eher) plan- oder marktwirtschaftlich ausgerichtet.

Doch angesichts der realen Machtverhältnisse blieben diese Forderungen weitgehend unerfüllt und die ungleichen Austauschbedingungen auf dem Weltmarkt weiter bestehen. Eine strukturelle Abhängigkeit war an die Stelle der früheren territorialen Fremdherrschaft getreten. Angesichts ähnlicher Auswirkungen in Form von ungleicher Entwicklung beziehungsweise Unterentwicklung wurde von «Imperialismus ohne Kolonien»⁷ gesprochen. Wer sich ihm durch Abkehr vom Welthandel und von der Marktwirtschaft zu entziehen suchte, musste – Völkerrecht hin oder her – mit Sanktionen und Krieg rechnen, wie die Beispiele Kuba, Vietnam oder Nicaragua belegen.

NEOLIBERALISMUS UND AUFSTIEG DER BRIC-STAATEN

Der vor mehr als 30 Jahren unter dem Druck multinationaler Konzerne und sinkender Profitraten von den USA und Großbritannien eingeleitete Prozess der neoliberalen Globalisierung markierte eine neue Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus. Indem er die nationalen Grenzen der Arbeitsteilung und der Kapitalakkumulation zugunsten einer Weltmarktöffnung überschritt, wurden die staatlich-politischen Kompetenzen durch Deregulierung und Privatisierung transformiert und außenwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Die Implosion des realen Sozialismus, zusammen mit der augenscheinlichen Erschöpfung der Wachstumsdynamik etatistischer Entwicklungsstrategien im Süden, begünstigte die weltweite Durchsetzung der privaten Marktwirtschaft. Sie erforderte nicht nur erweiterte und vereinheitlichte Rahmenbedingungen auf globaler Ebene, sie verkehrte auch grundlegend das Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Binnenmarkt und Weltmarkt zugunsten des international agierenden Kapitals. Sie symbolisierte zudem einen qualitativen Wandel im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zulasten der abhängig Beschäftigten.

Es kam darüber hinaus zu einem entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel. Abgesehen vom Ressourcenreichtum galten von nun an Größe und Jugendlichkeit der Bevölkerung – kurz zuvor noch als die Ursachen der Unterentwicklung betrachtet – als die zentralen Voraussetzungen für den Aufstieg zu einer erfolgreichen Wirtschaftsmacht. Und tatsächlich stiegen Staaten wie Indien, China, Brasilien, Indonesien, Russland, Nigeria oder Mexiko, die mit einer Bevölkerung von jeweils weit über 100 Millionen aufwarten können,⁸ zu Schwellenländern mit erheblichen Wachstumsraten auf. Zugleich begann sich eine neue weltumspannende Arbeitsteilung unter der Ägide transnationaler Konzerne auszubreiten. In ihrem Gefolge wurde einzelnen Ländern zunehmend eine spezifische Rolle zugewiesen: Brasilien etwa die der Farm, Russland die des Energie- und Rohstofflieferanten, Indien die des Büros und Labors und China die der globalen Werkstatt.

VOM EINHOLEN UND ÜBERHOLEN

2001 hatte die weltweit größte Investitionsbank Goldman Sachs zum ersten Mal auf das gewaltige ökonomische Potenzial von Brasilien, Russland, Indien und China, den sogenannten BRIC-Staaten, aufmerksam gemacht. Nur wenig später veröffentlichte dieselbe Bank eine Analyse der zukünftigen Entwicklung der Weltwirtschaft,⁹ der zufolge eben diese vier Länder in wenigen Jahrzehnten die sieben führenden Industrienationen aus Nordamerika, Westeuropa und Japan (die G7) hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Bruttoinlandsprodukt nach und nach überholen würden. Nur ein Jahrzehnt später erscheint diese Prognose als viel zu konservativ.¹⁰ Legt man den Wechselkurs zugrunde, hat China bereits heute die Volkswirtschaft Japans um 40 Prozent überflügelt, das nachfolgende Deutschland gar um fast 150 Prozent. Noch in diesem Jahr wird Brasilien mit seiner Wirtschaftskraft Großbritannien überholen, während Russland und Indien kurz davor sind, das kriselnde Italien, das vormals über das weltweit sechstgrößte BIP verfügte, hinter sich zu lassen. Vergleicht man die Kaufkraftparitäten wird die Verschiebung noch deutlicher: Danach lagen die BRIC-Staaten 2012 weltweit auf den Rangplätzen zwei, drei, sechs und sieben, mit China und Indien deutlich vor Japan und Deutschland. Angesichts höherer Wachstumsraten ist absehbar, dass China mit einem nur mehr 20 Prozent geringeren BIP von 12,3 Billionen US-Dollar die USA vom ersten Platz bald verdrängen wird.¹¹

In Brasilien, Russland, Indien und China leben 45 Prozent der Weltbevölkerung. Diese vier Länder decken ein Drittel der Erdoberfläche ab. Die BRIC-Staaten gehören heute zu den zehn größten Volkswirtschaften. Sie verfügen über ein Fünftel des globalen Reichtums und über 30 Prozent der globalen Kaufkraft. Sie sind mit 11 Prozent (465 Milliarden US-Dollar; Stand 2012) an den ausländischen Direktinvestitionen beteiligt. Im letzten Jahrzehnt waren sie für die Hälfte des weltweiten Wirtschaftswachstums und für rund ein Fünftel des Welthandels verantwortlich. In weniger als 15 Jahren, so die Prognose, wird ihr Sozialprodukt dem der G7-Staaten entsprechen. Ihr Aufstieg signalisiert mit anderen Worten einen zumindest relativen Niedergang der alten Hegemonialmächte in Westeuropa und Japan.

VOM INVESTITIONSOBJEKT ZUR POLITISCHEN PLATTFORM

Hatten die Analysten von Goldman Sachs vor allem die zukünftigen Investitionsentscheidungen ihrer Privatanleger im Blick, ergriff Russland angesichts der vom Westen ausgehen-

den und sich verschärfenden Finanz- und Wirtschaftskrise die Initiative, um aus den BRIC-Staaten eine politische Allianz zu schmieden. Nach ersten Gesprächen im Jahr 2008 ist es seit 2009 zu jährlichen Gipfeltreffen gekommen, die jeweils in einem anderen Mitgliedsland abgehalten werden. Dabei wurden immer dichtere Austausch- und Kooperationsbeziehungen vereinbart. Neben diesen Konferenzen der Staatsschefs finden regelmäßige Treffen der Nationalen Sicherheitsberater und der Minister verschiedener Ressorts (Finanzen, Handel, Landwirtschaft und Gesundheit) statt. Darüber hinaus wurden Städtepartnerschaften verabredet, ein Business-Forum eingerichtet sowie eine intensivere wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, einschließlich gemeinsamer Forschungsinstitute, vereinbart. Offenkundig teilt man die Einschätzung, dass die Differenzen untereinander viel kleiner sind als die aus dem internationalen System herrührenden Widerstände, die zudem gemeinsam mit größeren Erfolgsaussichten bekämpft werden können.

In diesem Zusammenhang ist die Aufnahme Südafrikas in die Staatenrunde – trotz seiner nur 50 Millionen EinwohnerInnen und seines nur 3-prozentigen Beitrags zum gemeinsamen Sozialprodukt – von großer Bedeutung. Die Erweiterung der Gruppe um eines der reichsten und einflussreichsten Länder des afrikanischen Kontinents, die Transformation der BRIC zu BRICS, signalisiert mehr als nur das verstärkte wirtschaftliche Engagement vor allem Chinas und Indiens in Afrika. Zunächst symbolisch wurde damit an die postkoloniale Formierung des Trikonts angeknüpft. Im Abschlusskommuniqué der BRICS-Konferenz in Durban 2013 wurde auch explizit an dessen Widerstand gegen den Norden in der Nachfolge von Bandung und der Bewegung der Blockfreien erinnert.

FORDERUNGEN NACH REFORMEN DER GEOPOLITISCHEN ORDNUNG UND DER FINANZARCHITEKTUR

Mit dem Aufstieg der BRICS-Staaten und ihrer politischen Allianz wurde ein neuer Anlauf zur Veränderung der bestehenden internationalen Ordnung als einem Hegemonialprojekt der «Ersten Welt» gestartet.

Reform der Vereinten Nationen: Die entscheidende Macht- und Rechtskompetenz der UNO liegt beim Sicherheitsrat, dessen mangelnde Repräsentativität seit Langem beklagt wird. Aus dem Süden wird seine Reform vor allem von Indien und Brasilien angemahnt, eine Forderung, der sich angesichts einer fehlenden Vertretung des afrikanischen Kontinents immer vehementer auch Südafrika angeschlossen hat. Zumindest im Prinzip unterstützt von China und Russland, fordern diese Staaten deshalb zunächst einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Transformation des vom Westen dominierten hin zu einem multipolaren internationalen System. Das besondere nationale Interesse zumindest von Indien und Brasilien ist dabei auf ihre Anerkennung als gleichberechtigte geopolitische Großmächte gerichtet. Dabei betrachten sie mit kritischem Auge nicht nur das oligarchische Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, sondern auch deren Status als über lange Zeit einzige anerkannte Atommächte. Den diesen Sonderstatus absichernde Nichtverbreitungsvertrag hat zum Beispiel Indien nie anerkannt und – wie Pakistan – eigene Atomwaffen entwickelt. Mithilfe der USA hat Indien inzwischen seine auch offizielle Aufnahme in den Kreis der Atommächte erreicht. Brasilien hat zwar auf die Herstellung

eigener Atomwaffen verzichtet, aber den Erwerb von atomgetriebenen U-Booten kürzlich in Aussicht gestellt. Ganz allgemein lässt sich konstatieren, dass mit dem wirtschaftlichen Aufstieg auch eine Stärkung des Militärs im Verbund mit dem Besitz von (atomaren) Massenvernichtungswaffen sowie die Übernahme der Rolle einer zumindest regionalen Ordnungsmacht angestrebt wird.

Allen BRICS-Staaten gemeinsam ist der Widerstand gegen die Politik der drei westlichen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sowie eine eher instrumentelle Einstellung gegenüber diesem Gremium und dessen Beschlüssen. So fordern sie immer wieder eine strikte Einhaltung des Völkerrechts sowie die Orientierung der UNO und des Sicherheitsrats am Prinzip des Multilateralismus. Dabei betonen sie die Notwendigkeit von Verhandlungen und Kooperation im Gegensatz zu direkten Interventionen und halten somit den Grundsatz der nationalen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates hoch. Gestern Libyen, heute Syrien: In beiden Fällen tritt man für politische Lösungen und gegen ausländische Interventionen ein, mögen diese auch im Namen der Menschenrechte als «humanitäre Intervention» deklariert werden. Ähnlich ist die Haltung zum Iran. Man unterstreicht das Recht des Landes auf Entwicklung der Kernenergie und lehnt Sanktionen sowie die Androhung militärischer Gewalt ab.

Reform der globalen Finanzarchitektur: Ähnliche Forderungen gibt es in Bezug auf den IWF und die Weltbank, wo es zunächst um eine Neuverteilung von Rechten und Einfluss geht. Nach langen Verhandlungen stimmten 2010 vor allem die Europäer Konzessionen zu. Angesichts der veränderten wirtschaftlichen Gewichte wollen sie zwei ihrer acht (von insgesamt 24) Direktorenposten beim IWF abgeben. Darüber hinaus sollen 6 Prozent der Stimmrechte zugunsten des Südens, vor allem der BRICS-Staaten, umgeschichtet werden. Doch auch nach dieser Änderung werden diese immer noch weniger Stimmrechte (14,1 Prozent) und Einfluss haben als die vier großen Industrienationen Europas (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) mit 16,4 Prozent.

Auch die *Vergabepaxis von IWF und Weltbank* stößt wegen ihrer politischen Konditionalität (Demokratieförderung, Antikorruptionsmaßnahmen etc.) und den weitreichenden wirtschaftlichen Auflagen (Privatisierung, Strukturanpassung) auf grundsätzliche Kritik. Gleiches gilt für die Entwicklungshilfe, die – selbst unter dem Etikett von «Partnerschaft» – weiterhin als paternalistisch beziehungsweise interventionistisch empfunden wird. Es kommt hinzu, dass sie – besonders in bilateraler Form – faktisch eher der Förderung der Unternehmen in den Geberländern und weniger den Empfängerländern dient. Heute vergeben die BRICS-Staaten selbst «Entwicklungshilfegelder» und tätigen ihrerseits ausländische Direktinvestitionen in anderen Ländern des Südens. Dabei setzen sie auf eine langfristige Wirtschaftskooperation zum *wechselseitigen* Vorteil. Und schon länger ist die Einrichtung einer eigenen Entwicklungsbank, als deren Startkapital 100 Milliarden US-Dollar vorgesehen sind, geplant.

VON WESTLICHER SUPREMATIE ZUR MULTIPOLARITÄT

Die in den Metropolen 2007/08 ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise war trotz einer hohen Exportabhängigkeit in den BRICS-Staaten weniger ausgeprägt. Mit Wachstumsraten weit über denen der «reifen» Marktwirtschaften wurden

sie zu Lokomotiven der Weltwirtschaft und beschleunigten die Verschiebung des wirtschaftlichen Gravitationszentrums vom Norden in den Süden. Zudem erwies sich das Krisenmanagement im Norden als unzureichend. So wurden die G7-Treffen schließlich 2008 durch Gipfeltreffen der G20, eine Runde der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, ersetzt.¹² In jedem Fall ist damit neben größerer Repräsentativität zugleich auch eine größere Kapazität zur Bewältigung der globalen Probleme (zunächst vor allem der ökonomischen) gegeben. Angesichts von 193 UN-Mitgliedsstaaten und 214 von der Weltbank aufgelisteten Volkswirtschaften repräsentieren auch die G20 immer noch eine verschwindende Minderheit. Aber anders als die G7-Staaten, die nur noch 38 Prozent des Weltsozialprodukts und kaum 11 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, gehen über vier Fünftel des globalen Reichtums und des Welthandels auf das Konto der G20-Staaten. Hier leben zwei Drittel der Weltbevölkerung.¹³ So überrascht es nicht, wenn die BRICS-Staaten neben der UNO die G20 als zentrale Institution der Global-Governance-Architektur unterstreichen, spiegeln sich in ihr doch die heutigen multipolaren Kräfteverhältnisse angemessener wider.

Vom Süd-Nord-Austausch und Abhängigkeit zur Süd-Süd-Kooperation: Die Verlagerung des Schwerpunkts der Weltwirtschaft vom Norden in den Süden beim Handel, bei der Warenproduktion und bei Bankkrediten ist in vollem Gange. So verdoppelte sich der Anteil der «Dritten Welt» am Welthandel innerhalb von 20 Jahren von 16 auf 32 Prozent. Dabei stieg der Süd-Süd-Handel so stark an (im Fall von Brasilien und Indien erreicht er 60 Prozent), dass er den traditionellen Austausch mit den Industrieländern, auf den noch ein Jahrzehnt zuvor ein Anteil von 60 Prozent entfiel, inzwischen übertrifft. Und auch die Triadeländer profitieren zunehmend vom Austausch mit dem Trikont, wie jährliche Zuwachsraten von 11 Prozent belegen. So löst sich der Süden zunehmend vom Norden, für den zugleich der Handel mit der «Dritten Welt» immer wichtiger wird.¹⁴

Abkehr vom US-Dollar: Den Wandel in Weltwirtschaft und Geopolitik dürfte langfristig am meisten die Abkehr vom US-Dollar, in dem 80 Prozent des Welthandels abgewickelt werden, beeinflussen. In der Formulierung «unsere Währung, euer Problem» wird die Bedeutung des US-Dollars als wichtigster Währungsreserve und damit Fundament der Hegemonie der USA auf den Punkt gebracht. Doch ist der US-Dollar längst zu einem Risiko für andere geworden. So mag die aktuelle expansive Geld- und Niedrigzinspolitik der US-Notenbank den USA nützen, jedoch nicht notwendigerweise Drittländern. Denn die Spekulation wurde angeheizt, Wettbewerbsbedingungen wurden verzerrt und das Wechselkurs- und Außenhandelsrisiko wurde durch starke Schwankungen etwa des Zinssatzes verschärft. Von den zurzeit niedrigen Zinsen profitieren zwar auch die Schwellenländer durch günstige, im Ausland aufgenommene Kredite. Gleichzeitig entstand angesichts unterschiedlicher Zinssätze allein in den letzten vier Jahren ein Währungshandel (*carry trade*) im Umfang von 3,9 Billionen US-Dollar. Schuldenblasen und vermehrte Unsicherheit sind die Folgen, denn die Kredite sind überwiegend kurzfristig und müssen gegebenenfalls rasch refinanziert beziehungsweise rücktransferiert werden; Bedingungen, die an die Asien-Krise von 1997/98 erinnern.¹⁵ Langfristig und systemisch bedeutsamer noch sind die gewaltigen Haushalts-, Handels- und Leistungsbilanzdefizite der USA, die erstens mit einer Abwertung ihrer Währung und zweitens spiegelbildlich mit einer entspre-

chenden Anhäufung von Dollar-Devisen als Reservewährungen im Ausland verbunden sind. So halten die BRICS-Staaten Dollar-Reserven in einer Höhe von 4,4 Billionen, was mit erheblicher Abhängigkeit und Unsicherheit hinsichtlich deren Bestands einhergeht. Schon früher haben Länder wie Iran und Venezuela auf Alternativen zum US-Dollar als Weltwährung gesetzt. Jetzt sind diese ein zentrales Anliegen der BRICS-Staaten. Ob bilaterale Handelsverträge in wechselseitiger Währung, ob alternative Leitwährungen oder internationaler Währungskorb – das (langfristige) Ende der Dominanz des US-Dollars ist in Sicht. Doch wie Elmar Altvater schreibt: Währungskrisen sind Hegemonialkrisen – meist mit militärischer Komponente.¹⁶

DAS RECHT AUF ENTWICKLUNG VS. UNIVERSALISIERUNG DES WESTLICHEN LEBENSSTILS

Das Recht auf Entwicklung wird von allen Ländern des Trikonts reklamiert und gilt als oberste Handlungsrichtschnur. Gleichzeitig betont man das 1992 auf der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro vereinbarte Prinzip von der «gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung». Vor diesem Hintergrund wird auf der Implementierung und weiteren Einhaltung der quantitativen klimapolitischen Vorgaben vonseiten der Industrieländer, wie sie im Kyoto-Protokoll festgeschrieben sind, bestanden. Für sich selbst lehnen die BRICS-Staaten jedoch quantitative Obergrenzen beim Treibhaus-Ausstoß entschieden ab. Verweise der Industrieländer auf zuletzt überproportional hohe CO₂-Emissionen seitens der Schwellenländer werden als irreführend ebenso zurückgewiesen wie rein quantitative Vergleiche der absoluten nationalen Werte.¹⁷ Zur Begründung werden zum einen die hohen Bevölkerungszahlen sowie der niedrige Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ zusammen mit dem weiterhin vergleichsweise niedrigen Lebensstandard in den eigenen Ländern ins Feld geführt. Zum anderen hebt man hervor, dass die für die Industrialisierung der westlichen Welt in der Vergangenheit verbrauchten fossilen Energien Kompensation erfordern sowie dass der aktuell fortdauernde exzessive Konsum im Norden mit seinen entsprechend unverhältnismäßig hohen CO₂-Emissionen die Klimaschutzziele gefährde. Gleichzeitig sind von den BRICS-Staaten freiwillig und nachweisbar Schritte zum Klimaschutz unternommen worden.

In der Klimafrage kulminiert nur der generell exzessive Ressourcenverbrauch des westlichen Lebensstils, der materiell, medial und ideologisch zwar weltweit als nachahmenswertes Vorbild verbreitet wird und doch die Entwicklungschancen der Mehrheit existenziell untergräbt, wie der «ökologische Fußabdruck» global wie für die einzelnen Nationen belegt.

RESÜMEE UND AUSBLICK

Erstens: Die BRICS-Staaten sind keine Revolutionäre. Bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen und Entwicklungen handelt es sich um einen Prozess von Aufbruch und Widerstand gegen eine Herrschaftsordnung, die ihre Berechtigung angesichts veränderter Kräfteverhältnisse verloren hat. Es geht um Teilhabe am Oligopol, nicht um eine wirklich demokratischere politische Weltordnung. Noch weniger stehen die Forderungen nach Veränderung oder gar ein Umsturz der neoliberalen marktwirtschaftlichen Ordnung auf dem Programm. Im Gegenteil: Universelle Mitgliedschaft und Implementierung der Grundprinzipien des Freihandels, wie sie in

der sanktionsbewehrten WTO verbrieft sind, sind explizites Ziel der BRICS-Staaten.

Zweitens: Sie agieren damit als privilegierte Länder primär im nationalen Interesse. Mit ihren Forderungen nach einer Reform der Global-Governance-Institutionen und uneingeschränkter Einhaltung des Nichteinmischungsgebots verstehen sich die BRICS zugleich als Speerspitze der heute 120 Mitgliedsstaaten zählenden «Non-Aligned Movement», die sich zunehmend gegen die Vorherrschaft des Westens richtet. Systemische Probleme der Unterentwicklung in der überwiegenden Mehrheit der kleinen und ressourcenarmen Staaten des Trikonts thematisieren sie nicht. Gleiches gilt für die Ungleichheit in den eigenen Ländern. Gerade in den BRICS-Staaten wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, stehen einer wachsenden Kapitalkonzentration und Zahl von Milliarden (und wohlhabenden Mittelschichten) immer größere Bevölkerungsanteile von Verarmten gegenüber.¹⁸

Drittens: Während die USA auf absehbare Zeit eine der wichtigsten wissenschaftlichen, technischen, militärischen und ökonomischen Zentren bleiben werden, sind solche Prognosen für Westeuropa/die EU und Japan eher schwierig. Gleiches mag für einzelne der heute als Großmächte der Zukunft designierten Schwellenländer gelten. Sicher ist dagegen, dass die nähere Zukunft der Multipolarität gehört.

Viertens: Zu dieser Perspektive der Mächtigen wird sich ein Prozess der *doppelten* Regionalisierung gesellen. Zum einen agiert – anders als zu Zeiten des Kalten Krieges oder des Nord-Süd-Konflikts – eine Vielzahl regionaler beziehungsweise themenspezifischer Allianzen auf der geopolitischen Bühne. So ging dem Zusammenschluss der BRICS-Staaten ein Bündnis zwischen Indien, Brasilien und Südafrika, das sogenannte IBSA-Dialogforum, voraus. Brasilien, Südafrika, Indien und China vertreten als BASIC-Staaten bei den Klimaverhandlungen gemeinsame Positionen, und China und Russland sind die zentralen Akteure in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, an der Indien als Beobachter beteiligt ist.¹⁹ Daneben sind die BRICS-Staaten allesamt wichtige Regionalmächte. Mögen auch ihre Pro-Kopf-Einkommen (noch) relativ gering sein, sie weit unten auf der «Skala der menschlichen Entwicklung» (dem Human Development Index der Vereinten Nationen, der den Wohlstand von Ländern misst) rangieren: Mit ihrem Reichtum an Bevölkerung und Ressourcen bieten sie alle Voraussetzungen, sich in ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht zu überaus einflussreichen Staaten mit international wettbewerbsfähigen transnationalen Unternehmen zu entwickeln. Ihre Bedeutung wird durch regionale Wirtschaftsverbände mit kleineren Nachbarn, wie der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC) oder dem «Gemeinsamen Markt des Südens» in Lateinamerika (MERCOSUR), noch weiter gestärkt.

Fünftens: Gerade in dieser Regionalisierung verbergen sich Hoffnungen auf Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Denn allein auf dieser Ebene lassen sich transnationale wirtschaftliche Interessen und hegemoniale Interventionen einhegen, hier werden Sozialstrukturen und politische Institutionen konstituiert, vermögen sich Klassen und Interessenkonflikte zu artikulieren und finden Eingang in die politische Willensbildung. Und doch handelt es sich hierbei nur um die ersten Schritte zur Veränderung der zentralen Rahmenbedingungen, um eventuell das Verhältnis von Kapital und Politik zugunsten der Interessen der Subalternen und abhängigen Klassen umkehren zu können.

Dementsprechend darf der Aufstieg der BRICS-Staaten auf keinen Fall unterschätzt werden. Die jahrhundertlange, von Kolonialismus, Ausbeutung, Zerstörung und Unterdrückung geprägte Vorherrschaft des Westens geht sichtlich ihrem Ende entgegen. Widerstand formiert sich nicht zum ersten Mal, aber nun unter veränderten, größeren Erfolg versprechenden Bedingungen. In welchem Zeitraum diese «Ablösung» stattfinden wird, ist noch nicht auszumachen, auch nicht, ob die Verschiebung des Gravitationszentrums in Weltwirtschaft und Geopolitik vom Norden in den Süden, vom Atlantik zum Pazifik ohne Krieg und Gewalt ablaufen wird. Die Militarisierung der internationalen Beziehungen durch den Westen ist diesbezüglich leider kein gutes Omen.

John Neelsen ist Professor für Soziologie an der Universität Tübingen und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

1 Zwar wurde die Zahl der nicht ständigen Mitglieder 1965 von sechs auf zehn erhöht, doch sind diese nur unregelmäßig und jeweils für zwei Jahre im Sicherheitsrat vertreten. In der 68-jährigen Geschichte der Vereinten Nationen waren 71 der heute 188 Mitgliedsstaaten noch nie im Sicherheitsrat vertreten. **2** Nicht zuletzt auf Drängen des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt wurde das China Chiang Kai-scheks neben den USA, Großbritannien und der Sowjetunion zu den «Big Four» der Siegermächte gezählt. Als «Republik China» war es Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und 1944 an der Erarbeitung der UN-Charta sowie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beteiligt. Trotz der Niederlage im Bürgerkrieg gegen Maos Truppen 1949 blieb die fortan auf die Insel Taiwan beschränkte «Republic of China» bis 1971 offiziell anerkannter Vertreter Chinas in den Vereinten Nationen. Erst 1971 wurde sie mit der UN-SR-Resolution 2758 durch die festländische «Chinesische Volksrepublik» ersetzt und ihr die Mitgliedschaft aberkannt. **3** Zu dieser Altlast gehörten die zehn ehemaligen deutschen und japanischen Kolonien beziehungsweise Territorien des Osmanischen Reiches, denen lediglich das bis dahin italienische Somaliland

hinzugefügt wurde. **4** So haben die USA aktuell (noch) ein Stimmengewicht von 16,75 Prozent, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zusammen eines von 17,55 Prozent. Zum Vergleich: Die 55 Staaten Afrikas haben zusammen weniger als 5, die 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik weniger als 8 Prozent der Stimmen. **5** List, Friedrich: Das nationale System der politischen Ökonomie, Stuttgart 1841. List nahm zentrale Argumente der nach dem Zweiten Weltkrieg verbreiteten Dependenztheorie vorweg. **6** Resolution 3281 der UN-Generalversammlung. Mit ihr werden für die Entwicklungsländer günstigere Bedingungen in der Rohstoffpolitik und im internationalen Handel, eine verstärkte Industrialisierung, eine allgemeine Schuldenentlastung, eine Änderung des Weltwährungssystems, höhere Entwicklungshilfe und ein neues Seerecht gefordert. **7** Der US-amerikanische Marxist Harry Magdoff war einer der ersten, der diesen «Imperialismus/Kolonialismus ohne Kolonien» als Neokolonialismus bezeichnet hat. **8** World Bank: Atlas of Global Development, 4. Aufl., Washington D. C. 2013. Danach haben 26 Prozent der 214 Länder weniger als eine Million, 20 Prozent zwischen einer und fünf Millionen, weitere 15 Prozent zwischen fünf und zehn Millionen EinwohnerInnen; nur ein Zehntel aller Länder zählt 2011 jeweils über 50 Millionen. Damit sind die Voraussetzungen für eine binnenwirtschaftliche Entwicklung für die große Mehrheit der Länder gar nicht gegeben. **9** Vgl. Goldman Sachs: The World Needs Better Economic BRICs, Global Economics Paper No. 66, London 2001, unter: <http://www.content.gs.com/japan/ideas/brics/building-better-pdf.pdf>, sowie Goldman Sachs: Dreaming With BRICs: The Path to 2050 – Goldman Sachs, Global Economics Paper No. 99, London 2003, unter: <http://www.goldmansachs.com/our-thinking/archive/archives/pdfs/brics-dream.pdf>. **10** So soll Brasilien zum Beispiel Italien im Jahr 2025 und Frankreich im Jahr 2031 einholen. Realiter wurde Italien schon überholt und der Abstand zu Frankreich beträgt nur noch 8 Prozent. Vgl. hierzu International Herald Tribune, 17.6.2013. **11** Vgl. hierzu das CIA World Factbook 2013 sowie World Bank: World Development Report 2012, Washington D. C. 2013, S. 392 ff. **12** Zu den G20 gehören zunächst die G7-Staaten, das heißt die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada; dazu Russland seit 1998 (G8). Neu hinzugekommen sind neben den BRICS Australien, Südkorea, Saudi-Arabien, Mexiko, Türkei, Indonesien und Argentinien sowie die EU. Als G20 bezeichnete man anfangs nur die seit 1999 veranstalteten Treffen der Finanzminister. **13** Das Weltsozialprodukt betrug 2012 80,3 Billionen US-Dollar (in Kaufkraftparität). Vgl. hierzu Diplomatie, Les Grands Dossiers No 12, Atlas Géoeconomique 2013, Paris 2013, S. 64. **14** Vgl. For poor countries, other poor countries matter more than rich ones, in: The Economist, 19.1.2013. **15** Vgl. auch Konicz, Thomas: Aufsteiger vor Abstieg, in: Junge Welt, 10.7.2013. **16** Zum gesamten Komplex vgl. Altwater, Elmar: Der große Krach: oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur, Münster 2010, insbes. S. 105 ff. **17** Richtig ist, dass gerade die Schwellenländer, allen voran Indien und China, die größten Wachstumsraten bei den CO₂-Emissionen zu verzeichnen haben. Bei den Pro-Kopf-Emissionen liegen aber weiterhin die USA vorn mit 17,3 Tonnen. China bringt es auf 5,2 und Indien auf 1,5 Tonnen. Vgl. World Bank: Atlas of Global Development, S. 126 ff. **18** So weisen die BRICS unter 136 erhobenen Staaten besonders hohe Gini-Koeffizienten auf. **19** Dieser internationalen Organisation zur Förderung der Zusammenarbeit auf allen möglichen Ebenen (vom Handel, Tourismus bis hin zu sicherheitspolitischen Fragen), die ihren Sitz in Peking hat, gehören neben China und Russland zurzeit die Länder Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan an.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Februar 2014

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling